

### Berlin will Mietspiegel selbst erstellen

#### Verantwortlich ist eine Klage gegen Vergabe

Um künftig mehr Sicherheit bei der Erstellung eines Mietspiegels für Berlin zu erzielen, erwägt der Senat, diesen in Zukunft selbst zu erstellen. Zwar sei es aktuell noch nicht möglich, das Personal für die Abfrage der benötigten Daten aus dem eigenen Bestand zu rekrutieren, sagte Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) am Donnerstag im Abgeordnetenhaus. Künftig jedoch soll sich das ändern. Weitere Details dazu, wie viel Personal benötigt würde und zu wann der erste selbst erhobene Mietspiegel realistisch sei, nannte er nicht.

Hintergrund der Ankündigung Geisels ist, dass der qualifizierte Mietspiegel, so, wie er ab Mai 2023 gelten sollte, nicht fristgerecht erstellt werden kann. Verantwortlich dafür ist laut Geisel die Klage „einer Gruppe von Professoren aus dem Bundesland Bayern“ vor der Vergabekammer. Sie hätten mit ihrer Klage erreichen wollen, dass Berlin künftig – wie unter anderem München – einen sogenannten Regressionsmietspiegel erstellen muss. Geisels Ausführungen zufolge seien dann Mietsteigerungen in größerem Umfang zu erwarten. Geisel erklärte: „Die Frage, auf welchem Niveau wir beim Mietspiegel 2023 ankommen, ist eminent wichtig für den sozialen Frieden in Berlin.“

Der Mietspiegel ist das wichtigste Instrument zur Ermittlung der örtlichen Miete in Berlin. Mit seiner Hilfe können Eigentümer Mieterhöhungen begründen und Mieter gegen überhöhte Mietforderungen vorgehen. Ohne Mietspiegel ist der Spielraum zur Forderung überdurchschnittlicher Mieten viel größer, weil deren Zulässigkeit anhand von „Vergleichswohnungen“ begründet werden kann. Auch deshalb wird der Berliner Mietspiegel wiederholt vor Gericht angegriffen.

Klar ist schon jetzt, dass das Berliner Kammergericht nicht vor Mitte Oktober letztinstanzlich über die Klage befinden wird. Geisel selbst rechnet mit einer Abweisung, schließlich hatten so bereits die Vergabekammer selbst und die Nachfolgestanz entschieden. Aufzuheben ist die Verzögerung aber ohnehin nicht mehr.

ROBERT KIESEL



**Angeschubst.** Zu Wochenbeginn einigte sich die rot-grün-rote Koalition auf die Eckpunkte bei den Krisen-Entlastungen. Wann genau diese kommen sollen, ist noch unklar. Foto: pa/dpa/Rolf Vennenbernd

## Mehr Tempo, bitte

### Sozialverbände fordern vom Senat schnelle Umsetzung des Entlastungspakets

VON DANIEL BÖLDT UND ANNA THEWALT

Berliner Sozial- und Arbeitnehmerverbände haben vom Senat beim Entlastungspaket mehr Tempo und konkretere Vorgaben gefordert. Die rot-grün-rote Koalition hatte sich zu Wochenbeginn auf die Eckpunkte bei den Krisen-Entlastungen für Berlinerinnen und Berliner verständigt. Doch viele Fragen bleiben: Wann die Entlastungen kommen, wie genau sie realisiert werden und wie viel Geld tatsächlich fließen wird, ist noch unklar.

Das Paket soll anstatt der ursprünglich vereinbarten 380 Millionen Euro zwischen 800 Millionen und 1,5 Milliarden Euro schwer sein. Die vorgestellten Maßnahmen betreffen den öffentlichen Nahverkehr – mit dem Berliner AB-Ticket für 29 Euro – sowie finanzielle Entlastungen für Privathaushalte, Unternehmen und soziale Träger. Am Freitag will die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) im Roten Rathaus die Details mit Vertreterinnen und Vertretern von Arbeitnehmer-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden besprechen – und die haben schon einige Knackpunkte ausgemacht.

Andrea Asch, Vorständin der Diakonie Berlin-Brandenburg, lobt die grundsätzlichen Bemühungen der Koalition, sagt aber auch: „Wir brauchen jetzt eine schnelle Konkretisierung der Pläne, auch mit Blick auf die tatsächlich veranschlagte Haushaltssumme.“ Kleine Träger drohen bereits, in die Knie zu gehen. Dass die Maßnahmen für Privathaushalte, wie im Koalitionspapier festgehalten, „in Abhängigkeit von den weiteren Bundeshilfen“ erfolgen sollen, sei zu sehr auf die lange Bank geschoben, sagt Asch. Sie fordert eine Umsetzung der Entlastungsmaßnahmen in den nächsten Wochen. Die Koalition will auch für soziale Einrichtungen die Folgen der Preissteigerungen über den Energiekostenfonds mit den Einmalzahlungen abfedern. Vorgesehen sind 300

Euro pro Betriebsplatz für sogenannte entgeltfinanzierte Leistungen. Derlei Einrichtungen etwa für wohnungslose Menschen oder Kinder und Jugendliche verhandeln ihre Entgelte für ein Jahr im Voraus. Oliver Bürgel, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Berlin, hält von den Pauschalen nicht viel: „Einmalzahlungen helfen nur bedingt.“ Zu befürchten sei, dass es nur bei dieser kleinen Spritze bleibe. Derzeit seien die starken Preissteigerungen in den Entgelten nicht berücksichtigt. „Die Berechnungsbasis muss an die Realität angepasst werden“, fordert Bürgel.

Pauschale: „Das wäre ein Nullsummenspiel und keine Entlastung“, sagt Asch. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sieht zudem kritisch, dass geforderte Projekte dazu aufgerufen werden, einen Eigenbeitrag zu leisten. Eigene Anstrengungen wie Energiesparmaßnahmen unterstütze man voll, schwierig wäre es aber, wenn finanzielle Eigenbeiträge als Teil der Wirtschaftspläne erfolgen sollten. Betroffene Projekte hätten kaum Möglichkeiten, bei den Sachkosten zu sparen, sagt Hoyer. „Muss Personal abgebaut werden, um die Wirtschaftspläne einzuhalten“, fragt er. Dazu wünsche er sich eine Klarstellung von der Politik.

Auch die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin-Brandenburg (DGB), Nele Tuchen, spricht mit Blick auf das Koalitionsvorhaben von einem „guten Papier“, das aber konkret umgesetzt werden müsse. „Es muss einen Zeitplan geben“, fordert sie. Bei den geplanten Maßnahmen fehlt ihrer Ansicht nach die Unterstützung für den Gesundheitsbereich, etwa für Krankenhäuser. „Brandenburg hat hierzu bereits eine Sonderförderung aus dem Landeshaushalt beschlossen. Berlin sollte dem folgen“, sagt Tuchen. Die Koalition sieht hier aber vor allem den Bund in der Verantwortung.

Lob für das Paket kam indes von der Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK). Der Mix aus Liquiditätshilfen und Energiekostenzuschüssen sei ein „wichtiges Zeichen, auch in Richtung Wirtschaft“, sagte IHK-Präsident Sebastian Stietzel. Er mahnte jedoch, dass „eine bürokratische, digitale und niederschwellige Umsetzung“ entscheidend sei. So solle sich die Unterstützung am Anteil der Energiekosten und nicht an der Unternehmensgröße orientieren, sagte Stietzel. Vom Bund forderte er, ebenso wie Giffey, eine Steuerstundung sowie eine Verlängerung der Befreiung von der Insolvenzantragspflicht.

### KARRIERE

Diesen Sonntagnachmittag im Stellenmarkt:

#### TROTZDEM BEWERBEN?

Sie erfüllen die Anforderungen in der Stellenanzeige nur zu 50 Prozent? Warum Sie Ihre Unterlagen dennoch abgeben sollten

TAGESSPIEGEL

Ihr Anzeigenservice-Telefon (030) 290 21-155 06

Die Diakonie und der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin fürchten sogar, dass die 300 Euro Einmalzahlungen im nächsten Jahr auf die Entgelte angerechnet werden könnten. „Wir erwarten, dass die künftige Kostenfestsetzung die tatsächliche Preisentwicklung abbildet“, sagt Martin Hoyer, stellvertretender Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin. Das könne man nicht mit Pauschalen, die „eingermaßen willkürlich“ gesetzt werden, abgleiten. Auch Diakonie-Vorständin Asch ist gegen eine mögliche Einpreisung der

## Probe für den Ernstfall

### Erfolgt in Berlin ein Anschlag mit Biowaffen, wird die Sonderisolerstation der Charité aktiv

Tiefe Wunden, viele Schwerverletzte, einige von ihnen dazu mit einem Biokampfstoff kontaminiert – ein grauenhaftes Szenario. Um auf einen Anschlag mit einer biologischen Waffe reagieren zu können, simulierten Berlins Polizei, das Bundeskriminalamt, das Robert-Koch-Institut, die Gesundheitsämter und die Charité kürzlich den Ernstfall. Wie kontaminierte Verletzte zu versorgen sind, trainierten Ärzte und Pflegekräfte am Charité-Virchow-Campus in Wedding, denn dort befindet sich Deutschlands größte Sonderisolerstation.

„Die Sonderisolerstation kann in 90 Minuten hochgefahren werden – das üben wir einmal im Jahr“, sagte Infektiologe Alexander Uhrig dem Tagesspiegel. Diese Spanne wolle man noch verringern. „Unsere Infektiologen, Anästhesisten und Unfallchirurgen sollen also in weniger als 90 Minuten einsatzbereit auf der Station sein, die dafür trainierten Pflegekräfte auch.“ Uhrig ist Oberarzt auf einer Charité-Intensivstation, im Katastrophenschutz arbeitet er auf der Sonderisolerstation, die im Fall biologischer Anschläge oder hochansteckender Seuchen aktiviert wird. Neben Schleusen und 20 Betten gibt es dort Labor und OP-Saal, für die Ärzte und Pflegekräfte, zudem Ganzkörperanzüge. „Unser Personal arbeitet im Alltag auf anderen Stationen“, sagt Uhrig. „Einige rücken im Ernstfall vom Campus in Mitte an, andere würden aus der Rufbereitschaft in der Freizeit zum Einsatz eilen.“

In dieser Woche habe man die Abläufe nach einem Terroranschlag mit einer „unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtung“, einer sogenannten USBV, auf ein Kino trainiert. „Es geht also um einen Sprengstoffanschlag mit einer biologischen Beiladung“, sagt Uhrig. „Dieser Angriff hatte, so das Szenario, einen Massenanstich von kontaminierten Verletzten zur Folge. Wir trainierten die Behandlung von Verwundeten, die wegen der Kontamination mit biologischen Kampfstoffen auch eine Gefahr für Sanitäter, Pflegekräfte, Mediziner darstellten. Zunächst ging es darum, die kontaminierten Ver-

letzten zu operieren. Erschwerend kam hinzu, dass in dieser Übung von 40 Betroffenen ausgegangen wurde, für die selbst unsere Station zu klein wäre.“

Die Charité-Ärzte mussten also entscheiden, welche Fälle unbedingt auf die Sonderisolerstation gehören – und welche Patienten anderswo versorgt werden können. Durch das „Abreiben“ der entkleideten Patienten, sagt Uhrig, könne das Kontaminationsrisiko mitunter so



Uhrig

weit reduziert werden, dass eine Basis-Schutz-ausrüstung ausreicht, wie sie das Personal seit der Coronakrise ohnehin oft trägt. Auch im Alltag wird die Sonderisolerstation an der landeseigenen Universitätsklinik genutzt. Im Ernstfall lege man die bislang dort versorgten Patienten weitgehend unkompliziert, damit beispielsweise die Opfer eines Biowaffenanschlags eingeliefert werden können. „Im Normalbetrieb, wenn es keinen Ernstfall gibt, arbeiten hier vier Ärztinnen und Ärzte sowie 15 Pflegekräfte“, sagt Infektiologe Uhrig. „Im Ernstfall kommen 15 Ärzte und circa 30 Pflegekräfte hinzu.“ In dem aktuell trainierten Szenario dieser Woche waren zusätzlich noch zwölf Fachkräfte aus Medizin und Pflege vorgesehen.

H. HEINE



In 90 Minuten bereit. Abläufe bei Terroranschlag werden geübt. Foto: dpa/Sabrina Szameitat

## Gestrichene Schulinvestitionen: Pankow will Notfall anmelden

Pankows Bildungsstadträtin Dominique Krössin (Linke) hat am Donnerstag die Investitionsplanung des Senats scharf kritisiert. Die verschobenen Sanierungen und Neubauten von Schulen würden die Probleme bei der Versorgung mit Schulplätzen verschärfen. Sie kündigte an, die im Senatsbeschluss vorgesehene Möglichkeit der Antragstellung für besondere Notfälle zu nutzen. Schon jetzt fehlten im Bezirk Tausende Schulplätze. Der Senat gibt Krössin eine Mitschuld an „Notfall“.

Wie berichtet, sind das Gymnasium am Europasportpark, das Rosa-Luxemburg- sowie das Max-Delbrück-Gymnasium nicht in den Investitionen bis 2026 berücksichtigt. Lediglich die Eiffel-Sekundarschule und die Grundschule am Planetarium schafften es auf die Senatsliste. Krössin berichtet, sie habe der Finanzverwaltung vorgeschlagen, die Mittel auf alle fünf Schulen zu verteilen und somit zeitlich zu strecken. Das sei abgelehnt worden. Dazu sagte die Finanzverwaltung, Baumaßnahmen mit einem Volumen von bis zu 25 Millionen Euro seien aus Gründen der Wirtschaftlichkeit innerhalb von drei Jahren durchzuführen. „Gestreckte“ Maßnahmen seien üblicher-

weise auch teurer – etwa wenn Schulen länger freigezogen bleiben müssten.

Die Bildungsverwaltung gab zu bedenken, dass Krössin das Gymnasium am Europasportpark ursprünglich nur auf Platz sechs der Prioritäten gesetzt habe. Zudem wird ihr vorgeworfen, unter den ersten fünf Schulen gar keine Priorisierung vorgenommen zu haben. Dazu sagte Krössin, bei „fünf Schwerverletzten“ könne man nicht priorisieren. cch/sve

### DEMO AM SONNABEND

Eine Demonstration gegen den Wegfall der 1600-Euro-Zulage für neu eingestellte Lehrkräfte soll am Sonntagabend ab 11 Uhr vor dem Roten Rathaus stattfinden. Flankiert wird der Protest von einer Petition bei der Plattform „WeAct“. Dort wurden innerhalb von sechs Tagen rund 2000 Unterschriften gesammelt. Eine zentrale Forderung: Wer nicht verbeamtet werden kann oder will, soll die Zulage von 1600 Euro bekommen, die seit 2009 auch an Berufsanfänger gezahlt wird. sve

### NACHRICHTEN

#### Lastwagen rollt Radfahrer nach Zusammenstoß über den Fuß

Ein Radfahrer ist bei einem Zusammenstoß mit einem Lkw in Schöneberg schwer verletzt worden. Der 26-Jährige soll auf der Busspur gefahren sein, teilte die Polizei mit. Dann habe er am Mittwochvormittag auf der Hauptstraße auf den mittleren Fahrstreifen wechseln wollen. Er sei mit dem neben ihm fahrenden Lastwagen zusammengestoßen und auf die Straße gestürzt. Der Lastwagen rollte über einen Fuß des Radfahrers. Der Mann kam zur stationären Behandlung in eine Klinik. dpa

#### Schwerverletzte nach Unfall mit Streifenwagen

Bei dem Zusammenstoß eines Polizeiwagens mit einem Auto ist in Neukölln eine 27-jährige Autofahrerin schwer verletzt worden. Die Frau wurde mit einer Beckenverletzung in ein Krankenhaus eingeliefert, wie die Polizei am Donnerstag mitteilte. Der 33-jährige Beifahrer sowie die drei Beamtinnen in dem Streifenwagen wurden leicht verletzt. Der Polizeiwagen war vor Mitternacht auf der Sonnenallee zu einem Einsatz unterwegs, als die Frau auf der Planetenstraße gefahren kam. Der Streifenwagen hatte nach bisherigen Erkenntnissen Vorfahrt. Wie genau es zu dem Unfall kam, muss noch ermittelt werden. dpa

## Machtwechsel bei der CDU im Südwesten

Im größten Kreisverband der Berliner CDU, Steglitz-Zehlendorf, bahnt sich ein Machtwechsel an. Der langjährige Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Thomas Heilmann gibt nach fast zehn Jahren an der Spitze seinen Vorsitz auf. Sein Nachfolger soll der Berliner Abgeordnete Stephan Standfuß werden. Das gab der Kreisverband am Donnerstag bekannt. „Ich habe vieles neu in der Partei etabliert und modernisieren können, vom Mitgliederprinzip bis zur digitalen Parteiarbeit. Der Bedarf an Veränderungen hört allerdings nie auf“, teilte Heilmann mit. Auch seine Arbeit als neu gewählter Vorsitzender der Klima-Union beanspruche viel Zeit. Es sei daher an der Zeit, „für die nächste Phase einen Wechsel an der Spitze einzuläuten“. Folgen soll auf den früheren Justizsenator Heilmann als Kreisvorsitzender Stephan Standfuß. cla

Advertisement banner for Berlin exclusives. Left: 'Ran an die Zwiebeln!' (Get to the onions!) - Ob Krokus, Osterglocke, Schnee- und Maiglöckchen, Winterling oder Tulpen - bei uns finden Sie jetzt alle Zwiebeln... Rothe Gartenbau. Middle: 'Wir renovieren und bauen nach Maß:' - Türen, Küchen, Treppen, Spanndecken, Badmöbel, Schranklösungen, Fenster, Haustüren - Tischlerei Peter Carstensen. Right: 'Fachgeschäft für Ergonomie' - Besta Beratung - Stühle zum Testen - sitz.art® - Aktiv-Möbel für gesundes Arbeiten und Wohnen. Far right: 'Leica STORE BERLIN powered by MEISTER CAMERA' - BAR-ANKAUF! Fotokameras, Objektive und Zubehör. Wir kaufen jede hochwertige Kamera! Fasanenstrasse 71.